

Rot-Grün nur noch ein
Auslaufmodell?

Platzhirsche gegen Paradiesvögel

Norbert Seitz

Vor einem Jahr, am Sonntag, 27. März 2011, sei „die Sozialdemokratie in den Grundfesten erschüttert“ worden, kommentierte damals Majid Sattar in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* den als Zeitenwende apostrophierten Regierungswechsel in Baden-Württemberg. Die SPD war zwar trotz eines katastrophalen Resultats auf der Siegerseite gelandet, aber in der demütigenden Rolle des Juniorpartners der Grünen. Als schon über den „roten Kellner eines grünen Kochs“ gespottet wurde, beeilte man sich deshalb, den grünen Sensationserfolg und Vorsprung vor der eigenen Loser-Truppe niedriger zu hängen. „Fukushima wird es nicht alle fünf Jahre geben“, tröstete man sich, der grüne Erfolg sei bloß „situativ“. Andere nannten ihn sogar „leistungslos“, als wenn sich die Ökopaarbei für das Vertrauenskapital hätte genieren müssen, das sie sich beim Thema Atomkraft über Jahrzehnte erwerben konnte.

Grünen-Parteichefin Claudia Roth sah mit dem Triumph von Stuttgart ein dauerhaft verändertes Verhältnis zum geschwächten roten Wunschpartner: „Die SPD wird uns als eigenständige Kraft wahrnehmen, die eben auch einmal vorne liegt.“ Dagegen konnte sich SPD-Chef Sigmar Gabriel nach dem Wechsel in Stuttgart den Seitenhieb nicht verkneifen: „Der gesellschaftliche Zusammenhalt, den wir wollen, ist größer, als Teile des Prenzlauer Berges sich vorstellen können.“ Damit spielte er auf jene Berliner Region an, in der jungdynamische Men-

schen mit grünen Vorlieben leben. „Auf Augenhöhe“ geriet zu der am meisten gebrauchten Floskel bei der Beschreibung des künftigen Verhältnisses von Rot und Grün beziehungsweise Grün und Rot. Der Kampf um die Vorherrschaft im oppositionellen Lager wurde in „eine freundschaftliche Konkurrenz“ umgedeutet. Doch davon kann inzwischen keine Rede mehr sein. Eher versuchten sich verschreckte Sozialdemokraten mit Parolen wie denen vom „Ende des Welpenschutzes für die Grünen“ Mut zu machen.

Gleichzeitig mit dem Erdrutsch im „Ländle“ kam in Rheinland-Pfalz erstmalig eine rot-grüne Koalition zustande, nachdem dem eher sozialliberal geneigten Ministerpräsidenten Kurt Beck die absolute Mehrheit und die Liberalen im Landtag abhandengekommen waren. Doch eine Wunschehe ist es nicht, belastet durch einen Kuhhandel bei infrastrukturellen Großprojekten (Stichwort: Bau der Hochmoselbrücke). Aber auch die rot-grünen Koalitionen in Nordrhein-Westfalen (seit 2010) wie auch das 2011 in Bremen bestätigte Regierungsbündnis laufen nicht nach dem Muster früherer Jahre. In beiden Ländern seien regierungsunerfahrene Grünen-Politiker Minister geworden, die die Aktivposten in ihren Kabinetten bildeten, wie Joachim Wille in der *Frankfurter Rundschau* nach der Bürgerschaftswahl in Bremen im Mai letzten Jahres schrieb: „Beobachter meinen, *de facto* regiere dort nicht Rot-Grün, sondern Grün-Rot.“

Ungeachtet der gängigen Sprachregelung von der „gleichen Augenhöhe“, stauten sich seit der Stuttgarter Wahl aufseiten der Sozialdemokraten Futterneid und Platzhirschinstinkte gegenüber dem vorübergehend in sensationellen Höhen gehandelten Wunschpartner. Die 2009 so arg gebeutelte SPD wollte nicht wahrhaben, dass die Gründe für die Wählerverschiebung nicht situativer, sondern struktureller Natur sind. Als dann auch noch die Grünen-Geschäftsführerin Steffi Lemke im August letzten Jahres verkündete, von den elftausend neuen Mitgliedern seit April 2010 kämen achthundert aus der SPD, war der Siedepunkt des Verdrosses erreicht, sodass es bei der Senatswahl in Berlin im Monat darauf zum Showdown kommen sollte.

Die Berliner Kriegserklärung

Dort stieß Klaus Wowereit, seit 2001 Regierender Bürgermeister, die erfolgsverwöhnte Ökopartei vom Koalitionsverhandlungstisch, um sich lieber mit der Union auf eine Große Koalition zu einigen. Seither bleiben sich Rote und Grüne untereinander keine noch so gehässige Abgrenzung schuldig. So stellte Wowereit seinen im Wahlkampf so gekränkten Narzissmus in einem *Spiegel*-Interview zur Schau: „Renate Künast hatte einen Generalangriff auf mich und meine Partei gestartet und unsere Führungsrolle infrage gestellt. Das ist bundesweit einmalig; darauf musste ich reagieren.“

Mitleid musste man aber mit den Berliner Grünen nicht haben. Denn Renate Künast hatte das Muskelspiel in der Tat übertrieben, als sie Klaus Wowereit mit einem Juniorpartner CDU drohte, über den sie ihrer Partei das zweite Ministerpräsidentenamt binnen eines Jahres glaubte verschaffen zu können. Doch zu diesem Coup fehlten ihr sowohl das Fußvolk als auch die Wechselwähler. Hernach tappten die Grünen in die Fortschrittsfalle der nach Revanche trachten-

den Berliner Genossen, als sie den Ausbau eines Stadtautobahnteilstücks zur Grundsatzfrage zu stilisieren versuchten. Prompt brachen unter den traditionell eher stark linksgeneigten Hauptstadt-Ökos interne Flügelkämpfe aus, wie man sie kaum mehr für möglich gehalten hatte.

Wie sehr Klaus Wowereit beim Rauswurf der Grünen Schröders Basta-Stil kopierte, wurde erst recht deutlich, als er seinen Senatssprecher Richard Meng vorschickte, um den Boom des langjährigen Wunschpartners – gleichsam regierungsamtlich! – für beendet erklären zu lassen. Dabei tat Meng der Künast-Partei auch noch den Tort an, dem regionalen Zerwürfnis an der Spree eine zentrale Bedeutung für die Regierungsfähigkeit der Grünen im Bund beizumessen und bei dieser günstigen Gelegenheit die alte Hackordnung zu reklamieren: „Manchmal wirkt es, als ob das Koch-Kellner-Bild aus Gerhard Schröders Zeiten die Grünen geradezu traumatisiert hätte. Es war abschätzig, hochnäsig gemeint. Und doch bleibt am Ende bei aller politisch-menschlichen Augenhöhe die Frage übrig, wer mit welchen Inhalten die Grundrichtung bestimmt.“

Selbst die ökofreundliche Bundestagsrede von Papst Benedikt XVI. im September letzten Jahres wurde den Grünen nicht gegönnt. Eher erweckte Regierungssprecher Meng den Eindruck, als müssten sie sich dafür schämen: „Nachdem nun selbst der radikalkonservative Papst in seiner Berliner Rede Natur und Ökologie in sein katholisches Gedankengebäude einbaute, wird deutlich [...] Die Grünen werden als bürgerliche Schöpfungsbewahrer potenziell auch in Milieus akzeptiert, die mit links nie etwas zu tun haben wollten und wollen.“ Dass dies zum Abfall linker Wähler bei der Ökopartei führen könnte, wie offenbar von der sozialdemokratischen Konkurrenz erhofft, deckt sich aber nicht mit aktuellen Wahluntersuchungen.

Im Gegenteil, Peer Steinbrück, Anwärter auf die SPD-Kanzlerkandidatur 2013, glaubt sogar, in den Grünen eine Art „Projektionsfläche für den gesellschaftlichen Wandel“ erkennen zu können. Sie hätten den Dreh herausgefunden, den traditionellen Parteien Kernthemen abzujagen – das Thema „Erhaltung der Schöpfung“ der Union, das Thema „Bürgerrechte und Bürgerfreiheit“ der FDP. Selbst beim Thema „sozialer Ausgleich und soziale Gerechtigkeit“ traut er den Grünen einiges zu, da sie ohne einengende „Gewerkschaftsbindung“ seien. Dies wird mittlerweile bei einem linksliberalen Publikum als Vorteil angesehen, seit DGB, ver.di und die IG Metall mit ihren Anti-Hartz-IV-Kampagnen und einer gezielten logistischen Unterstützung der Linkspartei auf der mittleren Funktionärschicht entscheidend zum Sturz des letzten SPD-Kanzlers Schröder beigetragen haben.

Für die Ökopartei sind die Gewerkschaften nicht wichtiger als Amnesty International oder Greenpeace. Auch Steinbrück betont für die SPD, sie dürfe den Gewerkschaften keine gleichsam privilegierte Partnerschaft mehr einräumen, sondern bestenfalls noch punktuelle Kooperationen. Dagegen steht aber das Wort von Parteichef Gabriel auf seiner Berliner Parteitagrede im Dezember letzten Jahres, die SPD dürfe sich nicht noch einmal „so weit von den deutschen Gewerkschaften entfernen. Das sind unsere wichtigsten Bündnispartner.“

Solcher „Schulterschluss“ stößt bei Grünen auf kühle Distanz. Deren Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke nannte einmal ein Bündnis „zum Beispiel nur mit den Gewerkschaften eine alte, langweilige und hässliche rote Kiste“, als sie mit SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles das gemeinsame „Denkwerk Demokratie“ zur inhaltlichen Vorbereitung einer rot-grünen Koalition im Bund vorstellte. Hinter solchen Reserven wittern Sozis

aber nur das ewige Avantgarde-Gehabe der Ökopartei.

Der Kampf ums verwaiste liberale Erbe

Entlang des Berliner Negativbeispiels attackiert die SPD die Grünen auf klassisch linkem Terrain, zum Beispiel beim Thema Fortschritt. Hierbei versucht sie den lokalen Autobahndissens als infrastrukturellen Grundsatzstreit auszuschlachten, um die Grünen in die fortschrittsfeindliche rechte Ecke zu stellen. Wenn es um „Kommunikationsverbindungen, Pipelines und Strommasten“ gehe, „werden wir zeigen, dass wir uns durchsetzen“, verkündete Gabriel in seiner umjubelten Parteitagrede. Bei „Stuttgart 21“ blieb das grün-rote Landesbündnis trotz gegensätzlicher Positionen und gereizter Stimmung bestehen.

Doch die Grünen halten beim Thema Fortschritt dagegen. So setzte sich Fraktionschef Jürgen Trittin kritisch mit einem derzeit in der SPD kursierenden Papier auseinander: „Die Sozialdemokratie versucht, ihre bisherige Politik mit dem Begriff „Neuer Fortschritt“ aufzuhübschen und ins einundzwanzigste Jahrhundert zu transferieren. Sie macht den Post-Materialisten schöne Augen, liefert ihnen aber nichts Konkretes. Dazu passt, dass sich im Fortschrittsprogramm der SPD keine Passage zu den Themen Internet und Neue Medien findet.“

Ebenso eifersüchtig geht es zwischen SPD und Grünen beim Thema Nachhaltigkeit zu. Kühn erhob Sigmar Gabriel dazu einen Urheberanspruch für seine Partei: Nachhaltigkeit sei gewiss eine grüne Idee, „aber im Ursprung eine ursozialdemokratische, angestoßen von Olof Palme, Willy Brandt und Gro Harlem Brundtland, von drei großen Sozialdemokraten“.

Auch im ausgerufenen Kampf um das Erbe des inhaltlich entkernten Liberalismus nach FDP-Lesart kommen sich „Rot“ und „Grün“ in die Quere, freilich mit

klaren Vorteilen für die Ökopartei. Reichlich verwegen erhob Sigmar Gabriel einen Erstanpruch: „Wir bleiben die Partei der Freiheit, die SPD ist die Erbin des politischen Liberalismus. Bei uns hat die FDP ihre neue Heimat.“ Dieses Ansinnen mutet umso weniger glaubhaft an, als die Partei mit dem heillos verwendeten Kampfbegriff „neoliberal“ über Jahre die Freiheitsidee des Liberalismus semantisch beschädigte, worüber Peer Steinbrück des Öfteren sein Bedauern zum Ausdruck gebracht hat.

Die Grünen haben indes größere Chancen, von enttäuschten liberalen Wählern und einer Aufweichung der traditionellen Links-rechts-Lagerbildung zu profitieren. So diagnostizierten die Göttinger Sozialwissenschaftler Michael Lühmann und David Bebnowski die Resultate des Wahljahres 2011 in der Zeitschrift *Kommune*: „Die Krise der FDP scheint existenziell. Aber als Nachfolger [...] stehen nun die Bündnisgrünen bereit [...] Die Wahlergebnisse zeigen erstmals beachtliche Wählerwanderungen von der FDP zu den Grünen. Ein Vorgang, der bis vor Kurzem nahezu unmöglich erschien.“

Keine natürlichen Lagerpartner

Die Partnerschaft von Rot und Grün ist wegen der Verschiebung der internen Kräfteverhältnisse schwierig geworden. Trotz der neuen rot-grünen Landesbündnisse in Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz kann von einem gemeinsamen Projekt schon lange keine Rede mehr sein. Berlin wird von einer Großen Koalition regiert, im Saarland ist eine solche geplant, und in Schleswig-Holstein hält sich der Grünen-Spitzenkandidat Robert Habeck alle Koalitionsoptionen für die Parlamentsneuwahl im Mai dieses Jahres offen. Die SPD steuert scheinbar zielgenau auf eine Große Koalition im Bund 2013 zu, um die bevorstehenden konstitutionellen Veränderungen der europäischen Rahmenbedingungen mitzubeschließen. Der-

weil zerbricht man sich im Grünen-Lager den Kopf, wie weit es die Partei mit dem Konzept „Eigenständigkeit“ und Äquidistanz treiben soll, wie viel Nähe zur SPD man sich leisten will und wie man es künftig nach dem vorzeitigen Scheitern des Hamburger Von-Beust-Senats und der Jamaika-Koalition an der Saar mit schwarz-grünen Koalitionen zu halten gedenkt.

Verwundert über das abgekühlte Verhältnis können freilich nur solche sein, die vergessen haben, dass SPD und Grüne erst auf einem langen steinigen Weg zueinanderfanden. Sie waren in der Gründungsphase der Ökopartei keine natürlichen Partner. Mit ihrer anfänglichen Bewegungsorientierung stand die grüne Aussteigerpartei gegen das uneingeschränkte Ja der Volkspartei SPD zur Industriegesellschaft. Außerdem widersprach das Denken in „kleinen Einheiten“ dem zentralistischen Verantwortungs-imperialismus des sozialdemokratischen Traditionsvereins, der für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen häufig wild entschlossen war, Regionen planieren zu lassen, was in den Augen der Ökopartei einem Verbrechen an der Natur gleichkam.

Die Grünen waren insofern auch keine „Abspaltung“ von der SPD oder „Fleisch vom Fleische“, wie viele Sozialdemokraten noch heute nicht aufhören zu behaupten. Sie repräsentierten eine neue politische Kultur, an der die SPD erst in der Friedensbewegung, dann über sozialökologische Akzentuierungen ihrer Programmatik zu partizipieren suchte. Streng genommen ist die SPD eine Trittbrettfahrerin der neuen sozialen Bewegungen wie jener des postmaterialistischen Wandels.

Dabei hat gerade die sogenannte „Enkel“-Generation der SPD um Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder, Rudolf Scharping oder Heidemarie Wieczorek-Zeul seit den 1990er-Jahren den Grünen

auf subtile Weise zu verstehen gegeben, sie nur für einen historischen Betriebsunfall der Schmidt-Ära zu halten, in der AKW angebetet und die NATO-Nachrüstung vom Zaun gebrochen wurde. Für eine sozialökologische Politik fühlten sich die Aufsteiger aus der alten Juso-Riege der 1970er-Jahre selbst zuständig, seit Erhard Eppler nach der ersten großen Erdölkrise im Herbst 1973 und der Meadows-Studie über die „Grenzen des Wachstums“ sein epochemachendes Buch *Ende oder Wende* verfasst hatte. Darin formierte der schwäbische Vordenker die politischen Lager neu.

Doch alle sozialdemokratischen Versuche und Strategien, die Grünen klein zu halten, sollten scheitern: die anfängliche Stigmatisierung als verfassungsfeindlich oder politikunfähig ebenso wie die Vereinnahmung ihrer Themen oder die Entzauberung durch Regierungsbeteiligung.

Nach seinem Wahlsieg im September 1998 verzichtete Gerhard Schröder auf die Formel von einem rot-grünen „Projekt“ und reduzierte die eigentliche Zäsur auf einen „Generationswechsel im Leben unserer Nation“. Ansonsten bestand er auf der Hackordnung vom Koch und Kellner. In der siebenjährigen Regierungsbilanz hat Grün mehr als Rot von Rot-Grün profitiert. Die Nichtbeteiligung am Irak-Krieg ließ manche seit den Tagen des Kosovo-Einsatzes wund gescheuerte Pazifistenseele wiederaufleben. „Doppelpass“, Dosenpfand und „Homoehé“ waren Grünen-Hits. Und auf ökologischem Sektor konnten mit dem ersten Atomausstieg und der Aufwertung des Tierschutzes mit Verfassungsrang die Erwartungen eines aufgeklärt-linksliberalen Publikums befriedigt werden. Darüber hinaus vermochte Rot-Grün geschichtspolitisch zu punkten – mit der Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern und einigen Akzenten eines „normalisierten“ Umgangs mit Geschichte, die man einer linken Regierung nicht zugetraut hatte.

Andererseits büßten die Grünen an der Seite des zum Hardliner gewandelten Otto Schily und seiner *Law-and-Order*-Politik, wonach die Sicherheit „die erste Freiheit“ sein sollte, viel vom Image der Bürgerrechtspartei ein.

Das letzte Jahr von Rot-Grün bis zur Bundestagsneuwahl war für die Grünen-Partei besonders bitter. Gerhard Schröder und Franz Müntefering ließen Joschka Fischer, Jürgen Trittin und deren Partei- und Fraktionsspitzen bei all ihren geheimen Planspielen, was nach einer verlorenen NRW-Wahl zu geschehen hätte, außen vor. Insofern war der Gang von Bündnis 90/Die Grünen in die Opposition für manche Vordere der Ökopartei auch ein Akt der Befreiung aus den Zwängen einer anstrengenden Koch-Kellner-Beziehung und den vielen Rücksichtnahmen auf eine reformpolitisch weitgehend immobile Volkspartei, der beim Thema Agenda 2010 der Laden auseinanderzufliegen drohte.

Als Sigmar Gabriel ab November 2005 das Umweltressort in der Großen Koalition übernahm, schien dies eine günstige Gelegenheit für die SPD, das Grünen-Terrain abzugrasen. Reichlich frustriert über seine Bilanz, führte er dann 2009 einen thematisch einsamen Bundestagswahlkampf gegen die AKW und damit um die sozialökologische Deutungshoheit, was sich jedoch als eine sinnlose Anstrengung mit falschem Ehrgeiz erweisen sollte. Das lagerinterne Buhlen um Grünen-Wähler brachte der abgestürzten SPD kaum Gewinne ein, eine stärkere Wählerwanderung ging in die umgekehrte Richtung – von der SPD zu den Grünen. Immerhin konnte Gabriel mit seinem Privatduell gegen die Ökopartei einen Kampfbonus für die spätere Erlangung des SPD-Vorsitzes einfahren.

In Nordrhein-Westfalen verzichtete Rot-Grün nach dem Wahlsieg 2010 ausdrücklich auf eine neue inhaltliche oder gar historisch dimensionierte „Projekt“-

Beschwörung. „Muskelspielchen haben wir nicht nötig“, betonte die Grünen-Frontfrau Sylvia Löhrmann. Dagegen sorgte die Präsidentschaftskandidatur des Bürgerrechtlers Joachim Gauck für ein Highlight in der angeschlagenen Beziehung. Der Personalvorschlag für die Köhler-Nachfolge entsprach aber schon einer ersten grün-roten statt rot-grünen Vereinbarung, denn die Gauck-Idee stammte von Fraktionschef Jürgen Trittin. Die SPD hatte sich dagegen mit ihrem sozial verengten Freiheitsbegriff und ihren Amnestie-Vorstößen („Einmal muss Schluss sein“) gegen eine weitere gründliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit gerade diesen Kandidaten nicht verdient, mit dem sie Angela Merkel auf dem falschen Fuße zu erwischen versuchte.

Neuformierung ohne Projektpathos

Inzwischen haben sich die Verhältnisse deutlich gewandelt, grüne Werthaltungen sind mehrheitsfähig geworden. Insofern klingt es auch ein wenig vermessen, wenn Sigmar Gabriel prahlerisch verkündet, in einer rot-grünen Ehe werde die SPD „das strategische Zentrum“ einnehmen. Sie müsse die ganze Gesellschaft im Blick haben und nicht nur einen Ausschnitt. Doch die wirtschaftsfreundlicher gewordenen Grünen lassen sich nicht nur für regenbogenfarbenes „Gedöns“ die Verantwortung übertragen.

Immerhin gibt es zwei sozialdemokratische Vordenker, die schonungslos ihrer Partei die Gründe für die veränderte Entwicklung vor Augen führen. Gerd Mielke, SPD-Berater aus der Mainzer Staatskanzlei, sah seine Partei 2010 vor allem „in der strategischen Dimension“ im Rückstand. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die SPD habe „die traditionelle Führungsrolle und damit auch die Mobilisierungsfähigkeit auf der zentralen Konfliktdimension der deutschen

Politik zwischen Wohlfahrtsstaatlichkeit und Marktorientierung verloren [...] Auch auf der zweiten, eher kulturellen Konfliktachse, die sich zwischen liberärer, teilhabe- und umweltorientierter Politik einerseits und autoritärer und an alten Gesellschaftstraditionen ausgerichteter Politik andererseits aufspannt, übt die SPD keine Meinungsführerschaft aus. Die Führungsrolle liegt hier bei den Grünen.“

Was früher die soziale Frage gewesen sei, sei heute die ökologische Frage, zitierte ein anderer SPD-Vordenker, Tobias Dürr, unlängst in der „Berliner Republik“ als Kronzeugen Joachim Radkau und Warnfried Dettling. Wichtigste Gründe für dieses veränderte Verständnis seien der weltweit steigende Bedarf an Lebensmitteln und der Verbrauch endlicher Ressourcen: „Nur mit ebenso klug entwickelter wie angewandter Industrie und Technologie werden wir in unserem Jahrhundert über die Runden kommen. [...] Für die SPD muss das zum zentralen Thema werden.“ Dennoch stehe so viel heute schon fest: „Die alte Konstellation mit ihren gewohnten Koordinaten und Narrativen kommt nie wieder.“

Die Weichen für 2013 scheinen gestellt. Mit dem Verzicht der SPD auf jedwede Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“ im Bund hat Sigmar Gabriel wohl auch die Hoffnung auf eine tolerierte rot-grüne Mehrheit und, damit einhergehend, auf eine sozialdemokratische Kanzlerschaft aufgegeben. Demgegenüber sind die Grünen in einer zwiespältigen Situation. Sie könnten zwar im Kampf gegen eine erneute Große Koalition punkten wie die FDP 2009, aber es droht ihnen der Dauerfrust in der Opposition. Deshalb dürfte Schwarz-Grün künftig eine Option werden, auch wenn es dafür derzeit innerparteilich noch keine Mehrheiten gibt.